
Politisches Geschehen

Vor der Entscheidung: Frieden und neue Verfassung oder düstere Zukunft

Von Karl-Heinz Krämer

Knapp sechs Jahre nach der Machtaufgabe des Königs und knapp vier Jahre, nachdem die Menschen in Nepal eine Verfassungsgebende Versammlung (VV) gewählt haben, sind die politisch Verantwortlichen unter Zugzwang, um endlich das zu verwirklichen, wofür sie gewählt worden sind. Eigentlich hätte dieser Prozess ja bereits am 28. Mai 2010 abgeschlossen sein sollen, doch haben sich die Politiker um alles Mögliche gekümmert, vor allem um Machtkämpfe und Regierungsämter, nicht aber um ihre eigentliche Aufgabe. Nicht weniger als viermal haben die Parteiführer die Frist der VV verlängert. Sie taten immer ganz überrascht, wenn die Frist wieder einmal ablief, nur um dann zu erklären, die Zeit sei nicht ausreichend und die Frist müsse erneut verlängert werden. Zum letzten Mal geschah dies Ende November 2011 für sechs Monate. Nach einer ganz kurzen Phase konstruktiver Arbeit sind die Politiker dann jedes Mal wieder zu ihren ewigen Streitereien, gekennzeichnet durch Machtansprüche und Kommissunfähigkeit, zurückgekehrt.

Druck durch Entscheidung des Obersten Gerichtshofs

Am 25. November 2011 schob der Oberste Gerichtshof (OG) den kontinuierlichen Spielereien der Parteien und Politiker endlich einen Riegel vor. Unter Bezug auf seine Aufgabe der Verfassungsauslegung erklärte das oberste Gericht des Landes, die VV dürfe nur noch ein einziges Mal um maximal sechs Monate verlängert werden; dann müsse die Arbeit abgeschlossen sein. Mit anderen Worten: Der mit dem Erfolg von Jana Andolan II im April 2006 eingeleitete Friedens- und Er-

neuerungsprozess muss bis zum 28. Mai 2012 endgültig abgeschlossen sein.

„Selbst die Kommission, die sich um eine Klärung der verbliebenen strittigen Punkte bemühen sollte, konnte auf einmal Themenbereiche abhaken, die lange Zeit unlösbar erschienen waren.“

Die Entscheidung des OG löste Proteststürme der Parteien und Politiker aus. Viele von ihnen sprachen dem OG schlichtweg das Recht ab, die Verfassung in Bezug auf die VV zu interpretieren; dies sei ausschließlich das Recht der in die VV gewählten Politiker bzw. der Parteiführer, auch wenn diese gar nicht vom Volk gewählt worden seien. Der OG blieb zum Glück konsequent und lehnte eine massiv geforderte Revision seines Urteils ab.

Neben den Protesten führte das Urteil des OG aber auch zu hektischen Aktivitäten der Politiker. Auf einmal wurden Dinge vorangetrieben, die bis dahin allenfalls lose und unverbindlich angedacht worden waren. Selbst die Kommission, die sich um eine Klärung der verbliebenen strittigen Punkte bemühen sollte, konnte auf einmal Themenbereiche abhaken, die lange Zeit unlösbar erschienen waren.

Leider dauerte auch dieser vom OG ausgelöste Frühling nur kurze Zeit. Inzwischen stagnieren sowohl der Friedensprozess als auch die Verabschiedung der neuen

Verfassung erneut. Die Gründe sind teils unterschiedlicher Natur, so dass ich sie nachfolgend getrennt analysieren möchte.

Integration und Habilitation der einstigen PLA-Kämpfer

Entscheidend für den Abschluss des Friedensprozesses ist die Integration und Habilitation der maoistischen Partisanenarmee. Diese war im umfassenden Friedensabkommen vom 22. November 2006 vereinbart worden, ohne dass dabei konkrete Zahlen oder Vorgehensweisen genannt wurden. Die bis heute gültige Übergangsverfassung vom 15. Januar 2007 bestätigte dies erneut und machte die erste Übergangsregierung unter Premierminister Girija Prasad Koirala für die Umsetzung dieser Vereinbarung verantwortlich.

Doch damit begann die ganze Misere. Hintergrund ist die unterschiedliche Auffassung von UCPN-Maoist (UCPN-M) und Nepali Congress (NC) bzw. CPN-UML über das Ende des bewaffneten Aufstands und die Friedensentwicklungen bis hin zum umfassenden Friedensabkommen, zur Übergangsverfassung und letztlich zur Wahl der VV.

Tatsache ist, dass weder die seinerzeit königliche Armee noch die maoistische Partisanenarmee Anfang 2006 eine Perspektive auf eine erfolgreiche militärische Lösung des seit zehn Jahren andauernden Bürgerkriegs besaßen. Anders als die königliche Armee hatten jedoch die Maoisten schon seit Herbst 2005 erkennen lassen, dass sie in dieser Situation zum Dialog und zur Einleitung eines Friedensprozesses bereit waren. Dies geschah nicht aus der Perspektive einer unterlegenen Partisanenarmee sondern aus der Sicht einer militanten Kraft, die sich zu Recht auf Augenhöhe mit der königlichen Armee sah. Beide Konfliktparteien hatten sich zahlreicher Verbrechen und Menschenrechtsverstöße schuldig gemacht, wobei die Maoisten die zweifelhafte Genugtuung besitzen, dass sie wohl die „harmlosere“ Seite waren, was die Zahl der Verbrechen anbelangte.

NC und CPN-UML sahen dies schon bald nach dem Friedensabkommen völlig anders und versuchten, den Maoisten eine Ausgangssituation der Schwäche anzudichten, aus der heraus sich die UCPN-M im Verlauf der nachfolgenden Dialoge und Streitigkeiten auf immer weitergehende Kompromisse einzulassen hätte. So war beispielsweise ursprünglich vereinbart worden, dass beide Armeen, also sowohl die staatliche Nepal Army

(NA) als auch die maoistische PLA der Kontrolle durch UNMIN unterstellt werden sollten. Während dies in Bezug auf die PLA halbwegs auch umgesetzt wurde, verweigerte sich die NA von Anfang an einer solchen Kontrolle. Die staatliche Armeeführung ging sogar so weit, dass sie jede Art der Integration maoistischer Kämpfer offen ablehnte und sich diesbezüglichen Weisungen der Regierung strikt widersetzte. Als der oberste General Katawal aus diesem Grunde von der seinerzeit von der UCPN-M geleiteten Regierung entlassen wurde, mischte sich der aus den Reihen des NC stammende Staatspräsident Ram Baran Yadav in die Entscheidung der Exekutive ein und machte die Entlassung Katawals rückgängig.

Wenn immer es in der Folgezeit um eine Integration maoistischer Kämpfer in die NA ging, war dies vor allem eine Diskussion über die Anzahl und die Qualifikation der zu integrierenden Personen. Inzwischen hat die staatliche Kommission, die Anfang 2011 UNMIN abgelöst hat, eine Kategorisierung der einstigen maoistischen Kämpfer vorgenommen. Die Führung der UCPN-M stimmte schließlich einer Beschränkung auf 6.500 zu integrierende Kämpfer zu; der Rest sollte abgefunden werden.

Damit wurden Probleme geschaffen, die den schon fast vor dem Abschluss stehenden Friedensprozess erneut ins Stocken geraten ließen. Es zeigte sich, dass sich die Führung der maoistischen Partei ein weiteres Mal zu Kompromissen drängen ließ, die die ganze Geschichte des maoistischen Aufstands in Frage stellten und der Partei eine interne Zerreißprobe bescherten. So zeigten sich viel mehr als die vereinbarten 6.500 Kämpfer als integrationswillig; die NA ihrerseits macht bis heute keine



Blut = Fristverlängerung; Arzt = Politische Parteien; Skelett = verfassunggebende Versammlung; Dialog : „... muss sein ... es geht nicht anders!“ (Bild: Uttam Nepal)

Anstalten, überhaupt jemanden aufnehmen zu wollen. Völlig vergessen bei der Vereinbarung wurden all jene ehemaligen Kämpfer der Maoisten, die im Verlauf des Aufstand getötet oder so schwer verletzt wurden, dass sie heute weder für eine Integration in die NA noch für den Empfang einer Abfindung qualifiziert sind. Unabhängig davon, ob man die Militanz des Aufstands befürwortet hat, ist es eine Tatsache: Diese maoistischen Kämpfer haben ihr Leben und ihre Gesundheit dafür aufs Spiel gesetzt, dass Nepal heute überhaupt die Chance bekommen hat, sich eine bessere Zukunftsperspektive zu eröffnen. Profitiert davon haben aber in erster Linie bisher nur die Führer der UCPN-M und all jene Führer der anderen Parteien, die das System von 1990 so richtig in den Abgrund manövriert haben.

Die in Vergessenheit geratenen maoistischen Kämpfer haben eigentlich nur noch einen Fürsprecher: Mohan Vaidya, den Führer des radikalen Flügels der UCPN-M. Als Vaidya seine Partei auf das Schicksal der gefallenen und verwundeten Kämpfer aufmerksam machte, versuchte die UCPN-M, diesen in eigener Regie Gelder zukommen zu lassen, die sie zuvor von den vereinbarten Abfindungen der nicht zu integrierenden Kämpfer abgezweigt hatte. Dieses Vorgehen der Parteispitze führte nicht nur zum Protest der letzteren, sondern NC und CPN-UML nutzen die Chance, die UCPN-M zu beschuldigen, sich an den Abfindungen für ihre ehemaligen Kämpfer zu vergreifen.

Mohan Vaidya mag sich ansonsten wegen seiner radikalen Parolen und Standpunkte als eine große Gefahr für den Friedens- und Erneuerungsprozess hervortun. Mit seinem Eintreten für all jene, die den Maoisten in der Vergangenheit ein willkommenes Mittel zum Zweck waren, die aber jetzt im Rahmen immer größerer Kompromisse allzu gerne vergessen werden, arbeitet Vaidya wohl eher ungewollt im Interesse der Verhinderung eines möglicherweise neuen militanten Konflikts.

Zu den hierzu rechnenden Gruppen gehören auch all jene ehemals Landlosen und Ausgebeuteten, auf die die Maoisten im Rahmen ihres Aufstands konfiszierte Ländereien übertragen haben. Noch steht die Parteispitze der UCPN-M hinter diesem Vorgehen. So beschloss die Regierung Anfang Januar 2012, dass die Enteignungen und Landrechtsübertragungen auf Dauer rechtsgültig bleiben sollten. Dies löste einen Aufschrei der Empörung all jener aus, die von den Maoisten enteignet worden waren. Der NC und die CPN-UML boykottierten tagelang das Parlament, das doch eigentlich an der neu-

en Verfassung arbeiten sollte, bis die Regierung am 9. Februar ihre Entscheidung wieder rückgängig machte.

Damit ist das Problem aber definitiv nicht aus der Welt geschafft. Vom Prinzip der Rechtsstaatlichkeit her muss man sagen, dass die Maoisten damals natürlich kein Recht hatten, jemanden zu enteignen und das Land an Landlose zu verteilen. Fakt ist aber auch, dass es bereits durch den militärischen Einigungsprozess und die anschließende Festigung des Shah-Staates zu umfangreichen gewaltsamen Umverteilungen gekommen ist. Dies wurde von den Maoisten zu Recht angeprangert. Dennoch kann der Rechtsstaat die eigenmächtige Umverteilung durch die Maoisten heute nicht einfach zu Recht erklären. Aber die kritiklose Rückgängigmachung der maoistischen Transaktionen, wie sie jetzt von NC und CPN-UML gefordert wird, würde bedeuten, dass das vom Feudalstaat Nepal begangene Unrecht erneut legalisiert würde. Auch das darf ein Rechtsstaat nicht. Eigentlich müsste jeder Einzelfall durch einen ordentlichen Gerichtshof gesondert entschieden werden.

Schluss mit der Straffreiheit!

Ein zweiter Aspekt, der für einen dauerhaften Frieden von größter Bedeutung ist, ist der der Gerechtigkeit. Sowohl die Maoisten als auch die staatlichen Sicherheitskräfte, insbesondere die Armee, haben sich in der Zeit des maoistischen Aufstands schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Fast einmütig möchten die politischen Parteien einen Schlusstrich unter diese Vorgänge ziehen, indem sie sich für eine völlige Straffreiheit jener Personen einsetzen, die derartige Verbrechen begangen haben. Besonders bedenklich ist, dass auch nach dem Friedensabkommen von 2006 nicht nur die Maoisten, sondern auch die anderen Parteien immer wieder Gewalt gerechtfertigt und praktiziert haben. (Siehe hierzu auch den nachfolgenden Beitrag zum moralischen Verfall des NC.)

Dass die maoistischen Spitzenpolitiker für eine solche Straffreiheit ihrer Kader eintreten, liegt auf der Hand. Schließlich waren sie es, die die Exzesse ihrer Gefolgsleute dereinst befürwortet oder gar dazu angehalten haben. Eine Straffreiheit für ihre Kader würde konsequenterweise auch eine Straffreiheit für die maoistischen Spitzenpolitiker bedeuten. Den anderen Parteien geht es natürlich nicht um Straffreiheit für maoistische Kader, aber sie sehen die Chance, dass auch die Sicherheitskräfte und die für ihren Einsatz verantwortlichen Politiker des 1990er Systems bzw. des königlichen Putsch-Regi-

mes von jeglicher Strafverfolgung befreit werden. Auch Verbrechen aus der Zeit nach 2006 beziehen sie hier gerne mit ein.

Die Leidtragenden sind all jene Personen bzw. ihre Anverwandten, die in den zehn Jahren des Konflikts oder danach getötet, gefoltert, verstümmelt, vergewaltigt oder ganz einfach aus der Gefangenschaft verschwunden, also vermutlich ermordet worden sind. Ein Schlussstrich unter den Friedensprozess kann erst gezogen werden, wenn diesem Personenkreis Gerechtigkeit widerfährt.

Problembereiche der neuen Verfassung

Aber der erneut stagnierende Friedensprozess ist nur eines der beiden Hauptprobleme. Eigentlich noch gravierender sind die offenen Fragen in Bezug auf die Neugestaltung des Landes. Seit dem Amtsantritt der derzeitigen Bhattarai-Regierung und, nochmals besonders verstärkt, nach der folgenreichen Entscheidung des OG konnten erstaunlich viele Streitfragen beigelegt werden. Man muss sich fragen, warum die verantwortlichen Politiker diese Dinge nicht schon früher und in friedlichem Einvernehmen geklärt haben, als der Zeitdruck noch nicht so groß war.

Die bedeutendste noch offene Frage aber ist die der Ausgestaltung des bereits in der Übergangsverfassung festgelegten föderalen Systems. Hier gibt es grundlegende Meinungsunterschiede zwischen den konservativen Kräften und den Linken einerseits, aber auch zwischen den traditionell dominanten Eliten und den ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen andererseits.

Es stand von Beginn des Verfassungsgebungsprozesses an fest, dass die Frage der Gestaltung des föderalen Staates



14 Teilstaaten nach dem Vorschlag der Verfassungsgebenden Versammlung
(Quelle: *Repubblica*, 3.7.2011)

tes das heikelste Thema sein würde. Daher verwundert es in der Tat, dass sich die politisch Verantwortlichen erst jetzt in der Endphase des Prozesses wirklich ernsthaft damit auseinandersetzen. Der Entwurf des hierfür zuständigen Ausschusses der VV liegt bereits seit über zwei Jahren vor. Danach soll das Land in 14 Teilstaaten aufgeteilt werden, die sich zum Teil an ethnischen Aspekten orientieren, zum Teil aber auch regionalen Bezug haben.

Spätestens seit die Auseinandersetzung über die föderale Ausgestaltung in den letzten Monaten entbrannt ist, gibt es vehemente Kritik an diesem Vorschlag des VV-Ausschusses seitens der sogenannten hohen Hindu-kasten, also den Kreisen der Bahun und Chhetri, die im von der Shah-Monarchie geschaffenen modernen Staat Nepal alle Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung, Sicherheitskräften, Justiz, Bildungswesen, Medien, Menschenrechtsorganisationen usw. unter sich aufteilen. Diese Gruppen sehen ihre Dominanz im zukünftigen Föderal-Staat gefährdet, wenn der Frage der Ethnizität bei der Gestaltung dieses Staates eine derart bedeutende Rolle zukommt.

Auf der anderen Seite stehen die Interessen der im Shah-Staat ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen, denen nicht nur keine Beteiligungschance an diesem Staat gewährt wurde, sondern die auch noch ihrer eigenen Kultur und Tradition entfremdet und ihres Landes beraubt wurden. Traditionelle Landnutzungsrechte, wie das Kipat-System, wurden abgeschafft. Alles Land gehörte fortan dem König und wurde von diesem großzügig an Personen aus den Bahun- und Chhetri-Kreisen verteilt. Wiederholt wurden die Verwaltungsgrenzen des Shah-Staates zielstrebig verändert, um möglichst eine bestimmte ethnische Dominanz in den Distrikten des Landes zu vermeiden. Besonders markant geschah dies bei der Aufteilung Nepals in die heutigen 75 Distrikte durch König Mahendra zu Beginn der 1960er Jahre.

Der hinduistische Einheitsstaat der Shah-Dynastie, der die Nation mit der Religion, Sprache und Kultur der herrschenden gesellschaftlichen Elite identifizierte, ist die Ursache für die seit langem schwelende Unzufriedenheit der ausgegrenzten, benachteiligten und ihrer Identität beraubten Bevölkerungsgruppen. Der in den letzten Jahrzehnten ständig verbesserte Bildungsstand und die heute enormen medialen Informationsmöglichkeiten haben zum

Anwachsen nicht nur des kulturellen, sondern auch des politischen Bewusstseins der diversen Bevölkerungsgruppen Nepals beigetragen. Die großen Hoffnungen dieser Gruppen bei der Einführung des politischen Systems von 1990 wurden rasch enttäuscht. Zwar mögen Personen ausgetauscht worden sein, aber die dominanten Eliten wurden nicht aufgebrochen. Im Gegenteil, die einseitig besetzten Partieliten, die fortan das politische Geschehen des Landes bestimmten, sorgten dafür, dass Nepal immer mehr zu einem Bahunbad wurde, in dem selbst die Chhetri nur noch eine Zweitrolle spielten.

„Die Trennlinien der Ausgrenzung und Nicht-Beteiligung verlaufen aber in Nepal nicht nur im Sinne des klassisch-kommunistischen Arguments der Klassen, sondern insbesondere entlang ethnischer Kriterien.“

Der maoistische Aufstand, der im Februar 1996 ausbrach, war somit nur eine logische Folge der Unzulänglichkeiten des Systemwechsels von 1990. Bezeichnenderweise passt auch die maoistische Elite ganz in das Bild des männlich dominierten Bahunbad. Der Unterschied zu den etablierten politischen Kreisen beruhte eher auf der propagierten sozialen Ausrichtung auf ausgegrenzte und benachteiligte Gruppen und einer gewissen Distanz der brahmanischen Führung der Maoisten zu ihrer eigenen Kultur.

Besonders wichtig für den relativen Erfolg des maoistischen Aufstands war die große Unterstützung durch weite Teile der benachteiligten Gruppen, mit deren Anliegen und Forderungen sich die Maoisten sehr gerne identifizierten. Dies hat zur Folge, dass heute, wo es um die Neuschaffung des politischen und gesellschaftlichen Systems des Landes geht, die Menschen sehr genau darauf achten, was die Maoisten von all ihren Versprechungen auch durchsetzen können. Jedes Nachgeben gegenüber ihren ursprünglichen Idealen, wie es die endlosen Kompromisse mit den konservativen Kräften seit 2006 notwendig gemacht haben, bedeutet daher auch einen Zustimmungsverlust seitens der ausgegrenzten Gruppen. Für diese ist die Einführung eines auf den Aspekten der Ethnizität und Region basierenden föderalen Systems von entscheidender Bedeutung.

Da sich die führenden politischen Parteien so gar nicht auf die Form dieses zukünftigen föderalen Systems einigen konnten, schuf man am 22. November 2011 eine Expertenkommission (State Restructuring Commission, SRC), in die die drei großen Parteien und das Bündnis der Madhesi-Parteien jeweils zwei Vertreter entsandten. Nachträglich einigte man sich auf einen Dalit, Madan Pariyar, als Vorsitzenden dieser Kommission. Die übrigen Mitglieder waren sechs aus dem Bereich der Janajati und Madhesi, ein Chhetri und ein Bahun, eine Zusammensetzung, die so etwa das Gesellschaftsbild Nepals widerspiegelte, wenn man davon absieht, dass nur zwei Frauen darunter waren.

Die Vorschläge, die die SRC am 31. Januar 2012 unterbreitete, waren ein Spiegelbild der Zerrissenheit der politischen Parteien. Da man sich nicht einmal innerhalb der Kommission auf einen einzigen Vorschlag per Mehrheitsbeschluss einigen konnte, gab es zwei Vorschläge. Der von sechs Mitgliedern getragene Mehrheitsbeschluss empfahl eine Aufteilung des Landes in 11 föderale Teilstaaten sowie die Schaffung eines nicht-territorialen Dalit-Staates. Wie schon der Vorschlag des VV-Ausschusses, so basiert auch die Aufteilung nach dem SRC-Mehrheits-Beschluss auf ethnischen und regionalen Aspekten. Auf der Strecke blieb bei diesem SRC-Vorschlag der Sherpa-Staat im Osten des Landes. Außerdem wurden im äußersten Westen die ursprünglich angedachten drei Teilstaaten Jadan, Khaptad und Karnali zu einem Staat Karnali zusammengefasst, in den auch noch der heutige Distrikt Kanchanpur integriert werden soll, der nach dem Vorschlag des VV-Ausschusses noch zur westlichen Tarai-Provinz gehören sollte.

Die übrigen SRC-Mitglieder, die beiden Vertreter des NC und einer der CPN-UML, weigerten sich, den Mehrheitsvorschlag mitzutragen und unterbreiteten einen eigenen Vorschlag, der eine Aufteilung des Landes in sechs Provinzen vorsieht. Abgesehen von der Schaffung von zwei Provinzen im Tarai, erinnert dieses System stark an die Aufteilung des nepalesischen Territoriums in zunächst drei, später vier und zuletzt fünf Entwicklungsregionen, ebenfalls eine Erfindung des Panchayat-Systems König Mahendras.

So hat also auch die SRC lediglich den andauernden Streit zwischen den Parteien verdeutlicht. Die UCPN-M tritt, nicht zuletzt wegen ihrer früheren Versprechungen an die benachteiligten Gruppen, vor allem die Janajati, für ein überwiegend ethnisch basiertes föderales System ein. Die Madhesi-Parteien möchten am liebsten



Der Minderheits- (oben) und der Mehrheitsvorschlag der State Restructuring Commission für die Aufteilung des Landes in föderale Teilstaaten. (Quelle: *The Kathmandu Post*, 14.2.2012)

das gesamte Tarai als Madhesi-Staat erklärt haben, was aber zumindest im westlichen Tarai am Widerstand der Janajati-Gruppe der Tharu scheitern dürfte. Die beiden konservativen Parteien des NC und der CPN-UML lehnen überwiegend ein ethnisch und regional basiertes föderales System ab. Sie wollen Teilstaaten, die möglichst von der Nord- bis zur Südgrenze Nepals verlaufen.

Bei der ganzen Diskussion werden zwei wichtige Beweggründe vorgeschoben. Zum einen gibt es Politiker und Experten, die nur in letzterem System den zu schaffenden Teilstaaten eine wirtschaftliche Existenzchance zusprechen. Das zweite Argument für diese Form des Systems ist die immer wieder geschürte Angst, ethnisch und regional basierte Teilstaaten könnten zu einem Auseinanderbrechen des nepalesischen Staates führen.

Doch diese Argumente spiegeln nur die halbe Wahrheit des Problems wider. Einer der größten Fehler des modernen Nepal ist die mangelnde Dezentralisierung. Auch dies hat historische Ursachen, die in der frühen Shah- und Rana-Zeit geschaffen und im Panchayat-Nepal fortgeführt wurden. Daran haben auch Entwicklungsregionen, die ähnlich aussahen wie die Provinzen des heutigen Minderheitsvorschlags der SRC, nichts ändern können. Alle Entwicklungsbemühungen würden

sich allein schon aus wirtschaftlichen Erwägungen weiterhin auf die südlichen Regionen der neuen Teilstaaten konzentrieren.

Ein anderer Negativaspekt des Minderheitsvorschlags ist die Tatsache, dass genau dieses System ideal wäre, die bestehende Machtverteilung unverändert fortzusetzen. Es gäbe in den relativ großen Teilstaaten für ethnische Minderheiten keine Chance, politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Es bliebe überall bei einer relativen Mehrheit der Bahun und Chhetri, die, so ganz nebenbei bemerkt, auch jeweils als ethnische

Gruppen kategorisiert werden sollten und nicht unter dem Schlagwort „Ander“, wie es heute in den staatlichen Einstufungskriterien geschieht. Und dass die politischen Parteien nicht im Traum daran denken, ihre Bahun- und Chhetri-Eliten für andere Gruppen zu öffnen, haben sie nicht nur im gescheiterten 1990er System bewiesen, sondern immer stärker auch nach 2006.

„Einer der größten Fehler des modernen Nepal ist die mangelnde Dezentralisierung.“

Die Maoisten haben in den späten 1990er Jahren ihren bewaffneten Aufstand immer als Klassenkampf bezeichnet, so insbesondere in den Schriften des heutigen Premierministers Baburam Bhattarai. Die Trennlinien der Ausgrenzung und Nicht-Beteiligung verlaufen aber in Nepal nicht nur im Sinne des klassisch-kommunistischen Arguments der Klassen, sondern insbesondere entlang ethnischer Kriterien. Sollte es Nepal auch diesmal nicht gelingen, diese Trennlinien durch Inklusion zu überwinden, ist ein ethnischer Konflikt vorprogrammiert. Den aber können sich die Menschen in Nepal wirklich nicht leisten. Bleibt die äußerst vage Hoffnung, dass auch die führenden Politiker der etablierten Parteien dies endlich begreifen.

Gegen den Strom: Reformiert euch oder verrottet

Von Ramesh Khattry

Am 19. Dezember 2011 flohen zwei mit indischen Touristen besetzte Jeeps mit zerbrochenen Scheiben vor Steine werfenden Hooligans des Nepali Congress (NC) durch die Straßen von Bharatpur. In Thamel schauten ausländische Besucher ratlos drein, als der fehlgeplante Bandh sie während des Tourismus-Förderungsjahres an ihre Hotels fesselte (Es muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass die NC-Führer ein Anti-Streik-Abkommen unterzeichnet hatten, um mehr ausländische Touristen anzulocken).

Viele friedliebende Nepali werden schmachvoll diese Bilder vor Augen haben, wann immer sie in Zukunft an den NC denken. Die Partei hat bewiesen, dass sie problemlos die Maoisten ausstechen kann, wenn es darum geht, ein Chaos auszulösen. Der lähmende Streik vom 19. Dezember war nur die Spitze des Eisbergs auf einer ständig länger werdenden Liste undemokratischer Aktivitäten der Partei. Eine Warnung an die älteste bestehende demokratische Partei des Landes ist angebracht: „Entweder ihr reformiert auch oder ihr verrottet“.

Verlust moralischer Grundsätze

Der sinnlose Streik vom 19. Dezember hat an einem einzigen Tag den guten Ruf des NC, der konstant seit 2006 aufgebaut wurde, ruiniert. Die Verdienste des NC als eine „demokratische“ Partei, die der Gewalt entsagte, gingen an einem Tag in Flammen auf, gleichsam wie die Flammen der Reifen, die von den NC-Kadern landesweit auf den Straßen angezündet wurden. Die Editorials der führenden Zeitungen hatten den NC aufgerufen, den Streik abzusagen. Selbst der amerikanischen Botschafter Scott H. DeLisi erhob warnend seine Stimme. Aber der NC ließ sich nicht von seinem Vorhaben abbringen, eingedenk des nepalesischen Sprichworts: Khatiko bela mati hundaina (die Weisheit entflieht in harten Zeiten).

Früher höchst respektierte Führer des NC unterstützten in einfältiger Weise die zerstörerischen Launen ihrer Kader. Prakash Man Singh rechtfertigte dies damit, dass sich die Attacke auf den Jugendführer des NC, der später starb, in einem Gefängnis ereignete. Daher müssten alle die besondere Schwere des Vorfalls verstehen. Das mag korrekt sein, aber ist die gewalttätige Antwort des

NC in irgendeiner Form hilfreich gewesen? Arjun Narsingh KC tat DeLisi's Warnung mit dem Hinweis ab, seine Partei sei nicht scharf auf US-Visa. Ich denke, der amerikanischen Botschafter sollte zu seinem Wort stehen und solchen NC-Führern in Zukunft die Einreise in die USA verweigern.

Mit ihrem Aufruf zu Bandhs und der Forderung nach Amnestie für Kriegsverbrechen gleitet die große alte Partei mit hohem Tempo die Demokratie-Skala hinab.

Des Weiteren bezeichnete KC den Bandh als Satyagraha (Akt der Gewaltlosigkeit) und verunglimpfte so Gandhis Methode des gewaltfreien Protests. Ram Chandra Poudel versicherte die Nation, die Streikenden würden keine Krankenwagen attackieren, ebenso weder Fahrzeuge von Presse, ausländischen Botschaften und Rechtsaktivisten noch Milch- und Mülltransporter. Dennoch starben allein in Kathmandu zwei Personen, weil sie nicht rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht werden konnten.

Die Wracks brennender Krankenwagen, zertrümmerter Motorräder und deformierter Fahrräder, die zertrümmerten Windschutzscheiben von Taxis, verkohlte Autos, brennende Reifen und rußgeschwärzte Straßen machten deutlich, dass die NC-Kader von Dämonen besessen waren.

„Die Verantwortlichen von über 1.300 Fällen gewaltsamen Verschwindens, hunderter Vergewaltigungsfälle und rund 16.000 Todesfällen, die aus der Zeit des bewaffneten Aufstands berichtet wurden, sollen begnadigt werden.“

Will Poudel jetzt für all die entstandenen Schäden aus der NC-Kasse aufkommen? Ist er sich bewusst, dass einige der niedergebrannten Taxis die lebenslangen Ersparnisse ihrer Eigentümer darstellten oder nur durch den Verkauf ererbten Eigentums angeschafft werden konnten?

Der Streik hat die Führer des NC nicht persönlich berührt. Poudel nutzte eine Polizeieskorte, um nach Chitwan zu gelangen, nachdem seine Mutter an eben jenem Streiktag dort gestorben war. Besäße er auch nur einen Funken von Aufrichtigkeit, wäre er nicht gereist. Dr. Ram Sharan Mahat kann jetzt ein weiteres Buch schreiben: In Verteidigung des Bandhs. Krishna Sitaula hat bis zur vergangenen Woche noch gefordert, der verstorbene Jugendführer des NC müsse von der Regierung zu einem Märtyrer erklärt werden. Wohl gemerkt, wir sprechen von einer Person die des Mordes verdächtigt wurde und in mindestens 70 kriminelle Delikte verstrickt war. Die NC-Führer müssen wirklich jeglichen Halt verloren haben.

Dr. Baburam Bhattarai, der hinter dem Krieg steckte, der zu mindestens 14.000 Toten führte, hat in der Vergangenheit gesagt, der NC habe kein Recht, die Maoisten ethische Grundsätze zu lehren. Der 19. Dezember hat ihn bestätigt und muss ihm Freude bereitet haben. Es verwundert nicht, dass der NC jetzt weder die Rückgabe des von den Maoisten dereinst konfiszierten Eigentums anderer Menschen fordert, noch die Auflösung der YCL (Young Communist League) noch die Distanzierung der Maoisten von jeglicher Gewalt und ihre Transformation zu einer „zivilen“ Partei. Der NC hatte auch keine moralische Autorität, ein Ende des von nicht qualifizierten maoistischen Kämpfern am 5. Januar ausgerufenen Streiks zu fordern.

Karikaturisten nutzten, wie zu erwarten, die goldene Gelegenheit, den NC zu verspotten. Rajesh KC, beispielsweise, porträtierte Ram Chandra Poudel, Sushil Koirala und Sher Bahadur Deuba, wie sie die Straße entlang tanzen, die zum Prachanda-Pfad (Dahals Philosophie der Anwendung von Gewalt zum Zwecke der Machtergreifung) führt. Eine andere Karikatur zeigte, wie der Baum, das Wahlsymbol des NC, mit einer Axt gefällt wird, während gleichzeitig eine Taube, das Symbol des Friedens, aus seiner Krone entflieht. In der Tat muss der 19. Dezember die loyale Wählerschaft des NC in Schrecken versetzt haben.

Generalamnestie

Hat sich der NC nun den Maoisten angeschlossen und fordert eine Generalamnestie für alle Kriminellen aus den Reihen der früheren Rebellen und der nepalesischen Armee? Die Maoisten haben stets dafür plädiert, dass ihre Kader, die während des zehnjährigen Kriegs töteten, vergewaltigten, Häuser niederbrannten

und Gliedmaßen abhackten, ungestraft davonkommen sollten. Sie rechtfertigten ihre Forderung mit dem Vorwand, sie hätten das Land von der diktatorischen Monarchie befreit. Aber die Willkür der Maoisten war in keiner Weise besser als die Unterdrückung durch die Monarchie. Indiens früherer Außenminister Jaswant Singh hat einmal gesagt: „Es gibt weder schlechte noch gute Terroristen!“ Die Maoisten haben stets versucht, ihre Gewalt als „guten Terrorismus“ darzustellen. Daher suchen sie die Rücknahme von Anklagen gegen Parlamentarier mit besudeltem Ansehen wie Agni Sapkota und Balkrishna Dhungel.

„Die nepalesische Öffentlichkeit hat kein Interesse daran, sich in Bezug auf Recht oder Unrecht zwischen Sushil Koirala und Sher Bahadur Deuba zu entscheiden.“

Baburam Bhattarai, Pushpa Kamal Dahal und andere Führer, die Blut an ihren Händen haben, fürchten, dass sie wegen der von ihnen veranlassten Massenmorde vor internationale Gerichtshöfe gestellt werden könnten. Daher hoffen sie, dass sie hiervor bewahrt werden könnten, wenn sie nun ihren Genossen in Bezug auf ähnliche Verbrechen zu einer Amnestie verhelfen. Wenn jetzt aber der NC mit einstimmt und ebenfalls nach einer Generalamnestie verlangt, dann kann man sich vorstellen, wie tief diese einstige Bastion ‚demokratischer Werte‘ gesunken ist. Eine nationale Tageszeitung hat geschrieben: „...die Verantwortlichen von über 1.300 Fällen gewaltsamen Verschwindens, hunderter Vergewaltigungsfälle und rund 16.000 Todesfällen, die aus der Zeit des bewaffneten Aufstands berichtet wurden, sollen begnadigt werden.“

Stimmt der NC einer solchen Amnestie zu, bewirkt er den Schutz von Soldaten der Nepal Army (NA), die Kriegsverbrechen begangen haben, der Mörder von Maina Sunuwar, der mordenden Soldaten von Doramba und all jener Personen, die für das Verschwinden von 49 sogenannten Maoisten aus der Bhairavnath-Kaserne verantwortlich zeichneten. Der NC hat kein Recht, ohne Zustimmung der Familien der Opfer eine Generalamnestie zu erklären.

Überraschenderweise hat hier die UML ungeachtet ihres Protektionsschildes für Schläger wie Mahesh Basnet

einen richtigen Standpunkt vertreten und nach Gerechtigkeit verlangt. Das Syndikat aus Maoisten und NC ist zuversichtlich, dass es auch die UML auf seine Seite ziehen kann. *[Anmerkung des Übersetzers: Die frühere Verteidigungsministerin Bidya Bhandari (UML) und der von den Wählern abgelehnte konservative UML-Führer K.P. Oli haben in der Vergangenheit wiederholt auf Biegen und Brechen eine Strafverfolgung von Soldaten verhindert, so auch im Mordfall Maina Sunuwar!]*

Der Deuba-Zirkus

Wie Mohan Baidya eine Belastung für die UCPN (Maoist) ist, so ist Deuba eine solche für den NC. Deuba hat den NC bereits einmal gespalten *[Anmerkung des Übersetzers: Ende Mai 2002, als er als Premierminister eine Verlängerung des Ausnahmezustands nicht einmal innerhalb der eigenen Partei durchsetzen konnte, gleichzeitig an seinem Premierministerstuhl klebte]* und in seinen drei Amtszeiten als Premierminister die viel verspottete Pajero-Kultur eingeführt. Er leitete das zweitgrößte Kabinett in der nepalesischen Geschichte (nur übertroffen von dem jetzigen Bhattarai-Kabinett) und überreichte die durch Jana Andolan I gewonnene und mit 25 Märtyrern bezahlte Demokratie an den König. Nichtsdestotrotz möchte Sher Bahadur Deuba unbedingt wieder Premierminister werden. Er hat die Auflösung der ihm loyalen Jugendorganisationen der Partei zu einem Zankapfel mit dem Parteivorsitzenden Sushil Koirala gemacht.

Die nepalesische Öffentlichkeit hat kein Interesse daran, sich in Bezug auf Recht oder Unrecht zwischen Sushil Koirala und Sher Bahadur Deuba zu entscheiden. Zu einer Zeit, in der sich der Friedensprozess und das Schreiben einer neuen Verfassung dahinschleppen, verdeutlicht ein derartiges Gezänk nur die Engstirnigkeit der Partei. Sich einmal im Jahr zu vereinen, um B.P. Koirala zu ehren, und ansonsten die Verdienste der anderen zu unterwandern erfreut lediglich die Gegner des NC.

Deuba, der bereits dreimal den Stuhl des Premierministers gewärmt hat, sollte sich etwas zurückhalten. Schließlich begann der maoistische Aufstand in seiner Regierungszeit, nachdem er die *[Anmerkung des Übersetzers: in fast jeder Hinsicht begründeten]* 40-Punkte-Forderungen der Rebellen mit völliger Missachtung gestraft hatte. Um die Partei geschlossen zu halten, sollte er etwas zurückhaltender sein und jemand anderem aus der Partei den Kandidatenposten für das Amt des Premierministers zu überlassen. *[Anmerkung des Übersetzers: Eine hierzu geeignete Person ist aber weit und breit nicht in Sicht!]*



Sher Bahadur Deuba (Foto: Internet)

Die meisten Nepali wünschen, der NC möge zu seinen demokratischen Werten zurückkehren, aber die Initiative muss von den Parteiführern ausgehen. Ohne entscheidende Reformen läuft der NC Gefahr, immer weiter abzugleiten, bis er zu einem Punkt gelangt, von dem eine Regenerierung ausgeschlossen ist.

Quelle: República, 8. Januar 2012, Übersetzung Karl-Heinz Krämer